

# Communiqué de presse



3/02/2025

## Föderale Regierungserklärung: Minus 25%? Unia-Direktion ist empört

Mit Erstaunen und Empörung haben wir von der Regierungserklärung der Föderalregierung Kenntnis genommen, die eine „*Kürzung der Finanzierung von Unia um 25 %*“ vorsieht.

Wir sind umso schockierter, als diese Haushaltskürzung als Abschluss eines Kapitels des föderalen Abkommens erfolgt, in dem die Bedeutung der Bekämpfung von Diskriminierung betont und die Förderung von Chancengleichheit und Inklusion in Aussicht gestellt wird. Es gibt Worte und es gibt Taten. Wir hätten mehr Kohärenz zwischen den beiden erwarten können.

Bei der Vorstellung unserer Jahresberichte in den verschiedenen Parlamenten unseres Landes unterstreichen die überwältigende Mehrheit der Parlamentarier, einschließlich derer von vier der fünf Koalitionsparteien, die Qualität der Arbeit unserer Mitarbeiter, die Bedeutung der gesellschaftlichen Fragen, mit denen wir uns befassen, und die Expertise, die wir seit 1993 entwickeln konnten.

Wir fragen uns auch, ob diese Entscheidung mit der neuen EU-Richtlinie (2024/1499) über die Standards für Gleichbehandlungsstellen wie Unia übereinstimmt. Die Richtlinie zielt darauf ab, ihr Mandat, ihre Befugnisse, ihre Unabhängigkeit und ihre Finanzierung zu stärken. Eine Bestimmung besagt explizit, dass „*die Umsetzung der (vorliegenden) Richtlinie unter keinen Umständen ein Grund für eine Absenkung des von den Mitgliedstaaten bereits gewährten Schutzniveaus gegen Diskriminierung sein darf*“.

Wir sind mit dieser Entscheidung nicht einverstanden. So wie wir, in einem sozioökonomischen und geopolitischen Kontext, der Spannungen, Polarisierung, Diskriminierung, Hassreden und -straftaten verschärft, mit jeder anderen Entscheidung nicht einverstanden sind, die Gleichberechtigungsorgane schwächt.

Wir erwarten von der neuen Regierung und insbesondere vom neuen Minister für Chancengleichheit eine Erklärung über die Gründe und die Machbarkeit einer solch brutalen Entscheidung.

Wenn Sie sich gegen Unia richten, schwächen Sie die Situation aller Menschen, die mit Diskriminierung, Hass oder Hate Speech konfrontiert sind.

Müssen wir an die beunruhigende Zunahme gewalttätiger homophober Übergriffe erinnern, an die Tatsache, dass öffentliche Mobilität für einen großen Teil der Bevölkerung mit Beeinträchtigung unzugänglich bleibt, an die digitale Kluft, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung, insbesondere ältere Menschen, ausschließt?

Jeden Tag werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ausländischen Herkunft, ihrer jüdischen Abstammung, ihrer Behinderung, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder eines anderen Merkmals, das in den Antidiskriminierungsgesetzen geschützt ist, ausgegrenzt, abgelehnt, belästigt.

Ist das die Art und Weise, wie die neue Regierung Ungerechtigkeiten bekämpfen will?

Patrick Charlier und Els Keytsman, Unia-Direktoren

Contact : Anne Salmon, attachée de presse • +32 2 212 31 00 • [anne.salmon@unia.be](mailto:anne.salmon@unia.be)



Centre interfédéral pour l'égalité des chances et la lutte contre le racisme et les discriminations  
Place Victor Horta 40 • 1060 Saint-Gilles • T+32(0)2 212 30 00 • [www.unia.be](http://www.unia.be)